

## Rumänien

### Gesamteinschätzung

Die nach drei Rezessionsjahren im Jahr 2000 einsetzende wirtschaftliche Erholung hat sich 2001 mit einem Wachstum von 5,3% des BIP (2000: 1,6%) verstärkt fortgesetzt. Rumänien erzielte damit das höchste Wachstum in der Region. Die Industrieproduktion wuchs um 7,9% und der landwirtschaftliche Sektor sogar um 21,2% gegenüber dem Vorjahr.

Auf der Verwendungsseite setzte sich die positive Entwicklung des Vorjahres fort. Zwar ist die Investitionsquote mit knapp 20% nach wie vor vergleichsweise niedrig, allerdings konnte im zweiten Jahr in Folge ein realer Anstieg der Anlageinvestitionen verzeichnet werden (+6,6%). Die Bevölkerung profitierte von der positiven wirtschaftlichen Entwicklung trotz der weiteren Angleichung der Verbrauchssteuern und der administrierten Preiserhöhung für Energie durch eine geringere durchschnittliche Teuerungsrate als im Vorjahr (34,2% versus 45,7%). Die durchschnittlichen realen Nettolöhne stagnierten zwar im Jahr 2001, der private Konsum stieg jedoch um 5,7%. Rund 65% der Haushalte beziehen zusätzliche Einkommen aus der Schattenwirtschaft.

Die Außenwirtschaft leistete 2001 keinen Beitrag zum Wirtschaftswachstum. Die Exporte stiegen 2001 zwar um 9,8%, allerdings erhöhten sich die Importe mit 19,1% deutlich stärker als die Exporte, so dass sich das Handelsbilanzdefizit auf 7,5% des BIP ausweitete. Das Leistungsbilanzdefizit stieg auf 5,9% des BIP. Da der Fiskus sich wie geplant stärker am internationalen Markt refinanzierte, erhöhte sich die Schuldendienstquote von 17,8% im Jahr 2000 auf 19,9% im Jahr 2001, während gleichzeitig die Währungsreserven um 11,2% stiegen.

Das Budgetdefizit für 2001 erreichte mit 3,7% das Niveau des Vorjahres. Für 2002 ist ein geringeres Defizit in Höhe von 3% anvisiert, um die Inflation auf die prognostizierten 22% zu reduzieren. Dies wäre die niedrigste Rate in den letzten zehn Jahren. Unabhängige Analysten gehen aber von einem 3-4% höheren Wert aus.

Die wesentlichen makroökonomischen Ziele für das Jahr 2002 umfassen die Reduzierung der Inflationsrate auf 22% zum Jahresende Jahres 2002, ein Wirtschaftswachstum von 5%, die Begrenzung des Leistungsbilanzdefizits auf 6% des BIP sowie ein Budgetdefizit von 3%.

### Produktion und Verwendung des BIP

Nach drei Rezessionsjahren in Folge konnte Rumänien im Jahr 2000 wieder ein leichtes Wachstum verzeichnen. Dieses Wachstum hat sich im Jahr 2001 mit 5,3% des BIP fortgesetzt. Das wirtschaftliche Wachstum der letzten zwei Jahre wurde allerdings von einer drastischen Erhöhung der Zahlungsrückstände (etwa 40% gemessen am BIP) und einer Ausdehnung der Importe (etwa 20% p.a. seit 1998) begleitet.

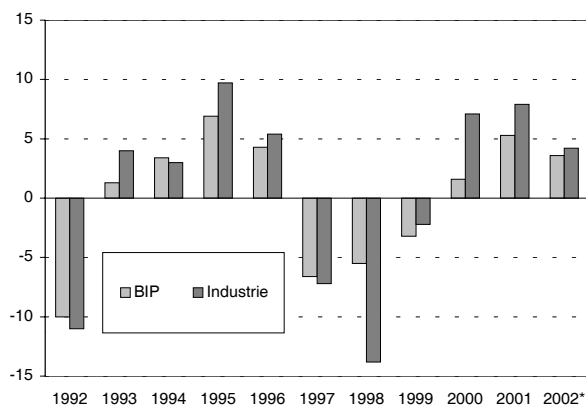
Als Wachstumsmotor erwiesen sich auch im Jahr 2001 die Exporte mit einem Plus von fast 9,8%, aber auch der private Konsum, der real um 5,7% wuchs (gegenüber negativen Raten in den Jahren davor). Der Grund für die steigenden Konsumentenausgaben waren das rapide Wachstum bei den öffentlichen Gehältern und höhere soziale Transferzahlungen. Im März 2001 hatte die im November 2000 neu gewählte sozialdemokratische Regierung den offiziellen Mindestlohn um 40%, im März 2002 dann nochmals um 25,6% angehoben. Außerdem wurden entsprechend der Wahlversprechungen für das Haushaltsjahr 2001 die sozialen Transfers real um 8% erhöht.

Die industrielle Produktion nahm im Vergleich zum Vorjahr um 7,9% zu, bei vergleichbarer Anzahl

der Arbeitstage sogar um 8,5%. Im ersten Quartal 2002 schwächte sich das Wachstum der industriellen Produktion jedoch auf 4,2% ab.

Die höchsten Zuwächse verzeichneten 2001 die Nahrungsmittelproduktion (17,3%), die Metallurgie (16,7%) und der Maschinenbau (17,7%). Die im Export dominierende Textilindustrie verzeichnete dagegen einen Produktionsrückgang von 8,7%.

**Reales Wirtschaftswachstum;**  
Veränderung gg. Vorj. in %



\* Prognose.

Die landwirtschaftliche Produktion hatte im Jahr 2000 unter der schlimmsten Dürre seit Jahrzehnten zu leiden. Aufgrund dieses Basiseffektes stieg die landwirtschaftliche Produktion im Jahr 2001 um beachtliche 21,2%. Auch der Anteil der Landwirtschaft am BIP stieg von 11,1% (2000) auf 13,4% (2001) an. Für das Jahr 2002 wird mit einem Plus von 4,5% gerechnet. Der Bausektor konnte seinen Umsatz in etwa gleicher Höhe wie im Vorjahr steigern (+5,2%).

Auf der Verwendungsseite des BIP zeigten die Investitionen weiter eine ansteigende Tendenz. Die Bruttoanlageinvestitionen stiegen 2001 um rund 6,6% gegenüber dem Vorjahr. Der überwiegende Anteil der Investitionen (19,5% des BIP) wurde durch den privaten Sektor getätigt (16% des BIP). Der private Konsum legte aufgrund der sozial- und lohnpolitischen Maßnahmen um 5,7% zu.

Die offiziellen Angaben zum Einzelhandelsumsatz, der real lediglich um 0,4% anstieg, passen allerdings nicht ganz ins Bild und verweisen auf die nach wie vor hohe Bedeutung der Schattenwirtschaft. Schätzungen aus dem Jahr 2000 gehen davon aus, dass der informelle Sektor zwischen 21% und 31% zum BIP beiträgt. Etwa 40% der Beamten und 65% der Bürger erhalten bzw. bieten Bestechungsgelder an. Unabhängig vom jeweiligen Lebensstandard erhalten 65% der Haushalte informelle Einkommen. Da sich die Ursachen für die Stärke des informellen Sektors – hohe Sozialabgaben und umfangreiche Bürokratie – nicht wesentlich geändert haben, ist davon auszugehen, dass auch im Jahr 2001 die Bedeutung dieses Sektors nicht wesentlich nachgelassen hat.

Die Wachstumsprognosen der Regierung für das laufende Jahr 2002 sind mit 4,5-5% ehrgeizig. Unabhängige Prognosen gehen von einem geringeren Wachstum zwischen 2,5% und 4% aus. Letzteres scheint realistischer zu sein, da das Wachstum des landwirtschaftlichen Sektors auf ein normales Maß zurückgehen wird, die Fiskalpolitik im Hinblick auf die Inflationskontrolle disziplinierter werden muss, und die Reduzierung des Leistungsbilanzdefizits vor dem Hintergrund einer sich abschwächenden Nachfrage nach rumänischen Exporten forciert werden muss.

### **Arbeitsmärkte, soziale Lage**

Die Arbeitslosigkeit in Rumänien lag im Dezember 2001 mit 8,6% deutlich unter dem Vorjahreswert von 10,5%. Dies war die niedrigste Arbeitslosenquote seit 1996 und ist nur partiell auf die Belegung der Wirtschaftstätigkeit zurückzuführen. In Rumänien führte der Rückgang der Beschäftigung in den Städten zu einem massiven Wachstum der Beschäftigung in der Landwirtschaft (zu einem großen Teil Subsistenzwirtschaft) und weniger zu einer abnehmenden Erwerbsbeteiligung bzw. zu einem Anstieg der Arbeitslosigkeit. Daher sind die gemeldeten Ar-

beitslosenquoten relativ niedrig. In der Landwirtschaft arbeiten knapp 43% aller Beschäftigten. Die kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) aller Sektoren stellen 50% aller Arbeitsplätze.

Im Januar 2002 erhöhte sich die gemeldete Arbeitslosenquote auf 12,4% und im Februar auf 13,2%. Dieser massive Anstieg lässt sich auf eine Gesetzesrevision zurückführen. Seit Anfang 2002 haben Familien Anrecht auf die Auszahlung der Differenz zwischen ihrem tatsächlichen Einkommen (inklusive Sozialtransfers) und dem garantierten Mindesteinkommen. Das garantierte Mindesteinkommen beträgt 630.000 Lei (22 USD) für Einpersonenhaushalte und 1.134.000 Lei (40 USD) für Zweipersonenhaushalte. Damit war ein finanzieller Anreiz gegeben, sich als arbeitslos registrieren zu lassen. Schätzungen gehen davon aus, dass zwischen 600.000 und 750.000 Familien berechtigt sind. Ob die Verwaltungskapazitäten diese Herausforderung bewältigen können, bleibt abzuwarten. Die Kosten des Programms belaufen sich auf 161 Mio. USD pro Jahr. Zum Jahresende 2002 prognostiziert die Regierung allerdings eine Arbeitslosenquote von 9%, da sie davon ausgeht, dass u.a. die Umschulungsprogramme für freigestellte Mitarbeiter der privatisierten oder umstrukturierten staatlichen Betriebe erfolgreich sein und die Wirtschaft kräftig wachsen wird.

Nachdem im Jahr 2000 aufgrund einer Übereinkunft mit dem IWF die Gehaltserhöhungen in Staatsbetrieben begrenzt oder ganz ausgesetzt worden waren, stiegen die Gehälter in den Staatsbetrieben im Jahr 2001 sehr stark an. Bezogen auf alle wirtschaftlichen Bereiche wurden in Rumänien im Jahr 2001 die höchsten Nettogehälter im Banksektor, gefolgt von Fluglinien, Bergbau, Transportsektor, in der Energie- und Wasserversorgung gezahlt. Mit dem IWF wurde daraufhin im September/Okttober 2001 vereinbart, die Beschäftigten in den Staatsbetrieben im Laufe des Jahres 2002 um 7% zu reduzieren, um Raum für Gehaltserhöhungen für die verbleibenden Mitarbeiter zu schaffen. Die Gehaltszahlungen sollen dabei nominal um 22% steigen, was aber real einen Einkommensverlust bedeuten dürfte.

Trotz der positiven Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt verschlechtert sich durch die steigende Zahl der Rentner und Pensionäre das Verhältnis von Erwerbstätigen zu Rentenempfängern stetig von rund 1,1 im Jahr 2000 auf 1 im Jahr 2001. Da viele die Möglichkeit der Frühverrentung (50 Jahre bei Frauen und 55 Jahre bei Männern) bei voller Rente in Anspruch nahmen, wuchs auch das Verhältnis der Rentenempfänger zur ökonomisch aktiven Bevölkerung stetig an. Die rumänische Regierung hat auf diesen Trend mit einer ständigen Erhöhung der Rentenversicherungsbeiträge reagiert (von 17% im Jahr 1990 auf 35% 2001). Damit hat Rumänien einen der höchsten Beitragssätze bei der Rentenbeitragsversicherung unter den Transformationsländern.

## Staatshaushalt und Fiskalpolitik

Trotz der Wahlen am Jahresende blieb die Haushaltspolitik im Fiskaljahr 2001 diszipliniert. Die neue Regierung Nastase traf allerdings verschiedene haushaltspolitische Entscheidungen (Anhebung des Mindestlohnsatzes um 40%, Steigerung der Ausgaben in der Sozialkasse um reale 8%), die das Budgetdefizit auf 3,7% des BIP ansteigen ließen. Damit wurde die mit dem IWF vereinbarte Marke allerdings nur um 0,2 Prozentpunkte verfehlt. Der im Oktober 2001 vorgelegte Haushalt 2002 sieht ein Defizit von 3,7% des BIP vor. Die Sozialausgaben werden auch im Jahr 2002 steigen. Vorgesehen ist u.a. eine schrittweise Erhöhung des Kindergeldes. Vor dem Hintergrund, dass vor allem kinderreiche Familien von Armut bedroht sind, ist dies sicher eine sozialpolitisch vertretbare Maßnahme.

Den größten Einzelposten auf der Ausgabenseite im Haushalt 2001 machten mit 29,6% des BIP wieder die Kreditrückzahlungen aus, gefolgt von 16% für Subventionen und Transfers. Im Zuge der wirtschaftlichen Belebung im Jahr 2001 entwickelten sich die Steuereinnahmen gut. Der Anteil der Verbrauchssteuern am Steueraufkommen ist allerdings weiter gestiegen. Während er im Jahr 2000 bei 62% lag, erreichte er im Jahr 2001 bereits 73,5%. Dies ist verteilungspolitisch gesehen als problematisch zu erachten. Allerdings wird aus der Zunahme der Ausgaben (ohne Zinsausgaben) deutlich, dass die Fiskalpolitik vor dem Hintergrund einer weitgehend akkommodierenden Geldpolitik expansiver geworden ist. Angesichts dessen sind die geplante Straffung des fiskalpolitischen Kurses und die mit dem IWF vereinbarten Ziele für 2002 als positive Entwicklungen zu werten. Die Finanzierung des Budgetdefizits erfolgte auch im Jahr 2001 ausschließlich durch inflationsneutrale Maßnahmen (Plazierung von Leidenominierten Staatsanleihen und Emission von Eurofonds).

Beschlossen wurden im Rahmen des laufenden Haushaltes verschiedene Maßnahmen zur Verbesserung der Einnahmenseite. Dazu zählen (1) eine Vereinfachung der Besteuerung von kleinen Unternehmen (pauschale Umsatzsteuer von 1,5%); (2) Umstrukturierung von Steuerschulden in einer Größenordnung von mehr als 500 Mrd. Lei; (3) Rücknahme von Zoll- und Mehrwertsteuerbefreiungen für Staatsbetriebe bereits zum Ende September 2001; (4) ein neues Mehrwertsteuergesetz, gültig seit 1. Juni 2002 mit drastisch reduzierten Ausnahmeregelungen. Für 2002 ist weiterhin eine drastische Reduzierung der Zahl der öffentlichen Angestellten von mehr als 6.000 Personen geplant, die Summe der öffentlichen Lohnzahlungen soll inflationsbereinigt dadurch auf dem Niveau von 2001 gehalten werden.

## Inflation und Geldpolitik

Die durchschnittliche Teuerungsrate war im Jahr 2001 rückläufig und lag mit 34,5% unter der des Vorjahres (40,7%). Allerdings konnte damit auch im Jahr 2001 das geplante Inflationsziel, das im Laufe des Jahres von 25% auf 29% angehoben worden war, nicht erreicht werden. Am stärksten stiegen die Preise für Dienstleistungen (+36,2%), gefolgt von Gütern (+31,4%) und Nahrungsmitteln (+27%). Besonders die erhöhten Energiepreise schlugen sich in der Teuerungsrate nieder.

Die Energiepreise wurden im Sommer 2001 erhöht und gleichzeitig an den Wechselkurs gekoppelt, um die effektiven Kosten zu erfassen. Im Durchschnitt stiegen sie 2001 um 48,7%. Die Erdgaspreise erhöhten sich für Privathaushalte um 99,6%, die Thermalenergie wurde um 57,2% teurer und die Strompreise stiegen um 35,6%. Zwar liegen keine genauen Angaben vor, in welchem Ausmaß Energierechnungen beglichen werden, doch scheint sich die Situation trotz der Preiserhöhungen etwas verbessert zu haben. Von den Stromrechnungen wurden 85% bezahlt. Nach wie vor gefährdet jedoch die insgesamt schlechte Zahlungsmoral und die mangelnde Kostendeckung den Sektor.

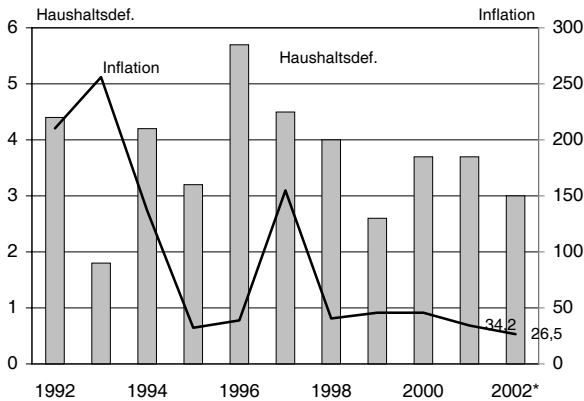
Um ihren Verpflichtungen gegenüber dem Ausland nachzukommen und die außenwirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit zu erhalten, verfolgte die rumänische Nationalbank eine doppelte Zielsetzung, nämlich die Aufstockung der Devisenreserven und die Erhaltung der Wettbewerbsfähigkeit durch die Konstanz des realen Wechselkurses. Dies ging jedoch auf Kosten der Preisstabilität, so dass die Inflation trotz der rückläufigen Tendenz auf hohem Niveau verharrte.

Während der Leu gegenüber dem Euro im Jahr 2001 lediglich um 0,4% aufwertete, verlor er gegenüber dem Dollar real um 0,8%. In den ersten vier Monaten des Jahres 2002 lag die nominale Aufwertung des Leu gegenüber dem Euro allerdings bei 4% und gegenüber dem Dollar bei 5%. Die Neuemission von Eurobonds im April 2002 wird den Leu weiter stärken. Die geschätzte reale Aufwertung des Leu gegenüber dem Dollar wird zum Jahresende 2002 auf 3 % geschätzt. Die Aufwertung des Leu zusammen mit der geplanten restriktiveren Fiskalpolitik im Jahr 2002 wird sich reduzierend auf die Inflation auswirken. Allerdings kann die Aufwertung des Leu zu Lasten der Wettbewerbsfähigkeit gehen.

Die Währungsreserven der rumänischen Nationalbank erhöhten sich trotz ansteigendem Defizit der Leistungsbilanz im Jahr 2001 um knapp 60% auf 3,92 Mrd. USD. Finanziert wurde dies durch die Neuverschuldung im Ausland in Höhe von 1,3 Mrd. USD im gleichen Zeitraum. Bei hohen Realzinsen war ein erheblicher Zufluss von Auslandskapital zu verzeichnen. Die rumänische Nationalbank reduzierte zwar die Nominalzinsen, allerdings bewegen

sich die realen Zinssätze aufgrund der sinkenden Inflationsraten weiter bei etwa 10%.

### Haushaltsdefizit und Inflation in % des BIP



\* Prognose.

### Außenwirtschaft

Die Bewertung der außenwirtschaftlichen Position Rumäniens fällt für das Jahr 2001 trotz eines relativ starken Exportwachstums ungünstig aus. Das Defizit der Leistungsbilanz stieg 2001 auf 2,3 Mrd. USD, was gegenüber dem Vorjahr einen Anstieg von 6,8% bedeutet. Verursacht wurde es im wesentlichen durch den Anstieg des Handelsbilanzdefizits. Die Exporte wuchsen mit 9,8% deutlich langsamer als die Einfuhren mit 19,1%. Andere außenwirtschaftliche Indikatoren haben sich jedoch verbessert: Die Währungsreserven sind gestiegen, Rumänien erhielt wieder Zugang zu den internationalen Kapitalmärkten und konnte seinen Schuldendienstverpflichtungen gegenüber dem Ausland problemlos nachkommen.

Motor des Importwachstums waren einerseits die Reduzierung der Zölle für Waren aus der EU und andererseits eine Erholung der einheimischen Nachfrage sowie eine höhere Nachfrage nach Anlageinvestitionen. Die Tendenzen bei den Im- und Exporten dürften sich 2002 fortsetzen. So wurden zum 1.1. 2002 die Importzölle für industrielle Gütereinfuhren aus der EU (mit Ausnahme von Zöllen auf Kfz) ganz abgeschafft. Außerdem wurden im Mai 2002 durch das Parlament Steuervorteile für Exporteure beseitigt. Diese Maßnahme wird zu einer Erhöhung der Exportsteuern von 6% auf 12,5% im Jahr 2003 und auf 25% im Jahr 2004 führen.

Die Handelsstrukturen Rumäniens sind auch im Jahr 2001 nahezu unverändert geblieben. Regional dominierend sind weiterhin die Beziehungen mit der EU, 71% der Exporte gingen dorthin, und 57,5% der Importe kamen aus der EU. Traditionell wichtigster Handelspartner in diesem Raum war Italien, gefolgt von Deutschland. Die Güterstruktur des Außenhan-

dels ist weiterhin, allerdings schwächer als im Vorjahr, von den Exporten der Textilindustrie (27,4% der Gesamtexporte) geprägt, die auf der Importseite hohe Vorleistungen benötigt (16% der Gesamtimporte). Maschinen und elektrische Geräte stellen den zweitstärksten Exportbereich mit 14,8% dar, allerdings liegen die Vorleistungen auf der Importseite hier an erster Stelle mit 21,6%. Durch die kräftige Exportentwicklung der letzten Zeit hat der Öffnungsgrad der rumänischen Wirtschaft stark zugenommen. Die Ausfuhrproduktpalette verändert sich und spiegelt den komparativen Vorteil Rumäniens und seine gegenüber anderen Transformationsstaaten gestiegene Lohnkosten-Wettbewerbsfähigkeit wider.

Die Dienstleistungsbilanz wies ein Defizit von 220 Mio. USD auf, gut 18% geringer als im Vorjahr. Getragen wurde diese positive Entwicklung wiederum durch die exportbedingt gestiegenen Transporte. Das Defizit beim Erwerbs- und Vermögenseinkommen stieg allerdings von 285 Mio. USD auf 335 Mio. USD. Der Überschuss in Höhe von 1.175 Mio. USD (+36,6%) bei den laufenden Übertragungen ist im wesentlichen auf die Unterstützung durch die EU zurückzuführen. Der Saldo der statistisch nicht aufgliederbaren Transaktionen ist mit 1.045 Mio. USD ungewöhnlich hoch.

Der Zufluß von Direktinvestitionen stieg im Jahr 2001 um fast 21% auf 1,2 Mrd. USD an. Es scheint, dass die Regierung in ihrem Bemühen, bestehende Verwaltungsstrukturen für ausländische Anleger zu verbessern, erfolgreich war. Weiterhin gibt es ein neues Investitionsgesetz, das Steueranreize für Anleger beinhaltet. Bestimmend für den ausländischen Investitionsschub war sicherlich auch, dass viele Anleger im Vorfeld der Wahlen im November 2000 ihre Investitionsentscheidungen verschoben und erst im Jahr 2001 realisiert haben.

Die Auslandsverschuldung stieg 2001 deutlich an und betrug zum Jahresende 11,971 Mrd. USD bzw. rund 30% des BIP. Sie ist mit 411 USD pro Kopf die niedrigste in der Region, allerdings weist Rumänien auch einen der niedrigsten Werte für ausländische Investitionen auf. Nachdem Rumänien im Jahr 2000 mit der Emission eines dreijährigen Eurobonds erfolgreich an die internationalen Kapitalmärkte zurückgekehrt war, wurde im April 2001 ein zehnjähriger Eurobonds mit einer Verzinsung von 8,5% p.a. im Umfang von 700 Mio. Euro und im Juni 2001 ein siebenjähriger Eurobonds mit einer Verzinsung von 10,25% p.a. in Höhe von 600 Mio. Euro emittiert. Die Emission des Eurobonds im April 2001 folgte kurz nachdem Standard & Poor's ihre Einschätzung für Rumäniens langfristige Fremdwährungsanleihen von „B“ auf „B+“ angehoben hatten. Gleichzeitig wurde die Einschätzung für langfristige Kredite in der heimischen Währung von „B+“ auf „BB-“ herabgestuft. Im April 2002 wurde erneut ein zehnjähriger Eurobonds in Höhe von 700 Mio. Euro zu 8,5% p.a. ausgeben.

Die Beziehungen mit dem IWF blieben angespannt. Obwohl zwischenzeitlich makroökonomische Eckdaten für das Jahr 2002 definiert werden konnten, verschob der IWF Ende Mai 2002 die Auszahlung der nächsten beiden Tranchen des laufenden Stand-by-Kredits. Auch die Weltbank hat ihren zweiten Kredit für die Anpassung des privaten Sektors (PSAL II) im Mai 2002 verschoben, bis geklärt ist, inwieweit die rumänische Regierung ihren Verpflichtungen zum Abbau der Angestellten in den Staatsbetrieben im Jahr 2001 tatsächlich nachgekommen ist.

Kurzfristig ist Rumänien jedoch in der Lage, seinen Zahlungsverpflichtungen im Jahr 2002 (2,4 Mrd. USD) nachzukommen. Es zeichnet sich aber ab, dass bei weiterhin steigendem Leistungsbilanz- und Staatshaushaltsdefizit Rumänien auf längere Sicht die Bedienung seiner Schulden erneut Probleme bereiten wird.

### **Wirtschaftspolitische Maßnahmen, Privatisierung, Strukturwandel**

Nachdem in den letzten Monaten des Jahres 2000 die Privatisierung faktisch zum Erliegen gekommen war, ist sie im ersten Halbjahr 2001 langsam wieder angelaufen. Die Regierung Nastase konnte im Mai 2001 die Vertrauensfrage im Parlament für sich entscheiden, nachdem die Opposition diese aufgrund der aus ihrer Sicht schleppenden Reformfortschritte gestellt hatte. Nicht nur deshalb waren der Verkauf der Banca Agricola und des größten mit Verlust arbeitenden staatlichen Stahlerzeugers SIDEX zwei Erfolge mit hohem symbolischen Wert. Insgesamt wurden 2001 13 große staatliche Betriebe sowie über 200 KMU veräußert. Die Privatisierung der Handelsbank BCR scheint für das Jahr 2002 in greifbare Nähe gerückt zu sein. Insgesamt beurteilte der IWF im Januar/Februar 2002 die Fortschritte bei der Privatisierung und Umstrukturierung von Verlust machenden Staatsbetrieben aber als bescheiden.

Die der Regierung direkt unterstellte Behörde zur Privatisierung und Verwaltung von staatlichen Vermögenswerten (APAPS) hat im letzten Jahr mehr rechtliche Autorität zur Beschleunigung des Privatisierungsprozesses bekommen. Hier muss vor allem auf Transparenz bei den Entscheidungen geachtet werden, um der Korruption keinen Vorschub zu leisten. APAPS hat noch 1.475 Unternehmen in ihrem Portefeuille, wovon 274 derzeit abgewickelt werden. Im Laufe des Jahres 2002 hat APAPS u.a. bisher Anteile an ALRO Slatina (im Wert von 73 Mio. USD inklusive Investitionen), an den Stahlwerken Siderca (im Wert von 20 Mio. Euro) und Sidermet (im Wert von 13 Mio. Euro) veräußert. Die Kaufsummen für die Stahlwerke werden in Form von Kapitaleinlagen und Ausrüstung eingebracht. Bei der Klärung der Eigentumsrechte an Grund und Boden wurden Fortschritte erzielt. Die Privatisierung von großen staatli-

chen Agrarbetrieben steht noch aus. Allerdings existiert seit Mai 2001 ein neues Gesetz zur Privatisierung der staatlichen Agrarbetriebe, das z.B. vorsieht, Schulden an den öffentlichen Sektor zu erlassen.

Ende März 2002 sprach das Parlament seine Zustimmung für einen Gesetzentwurf zur Beschleunigung der Privatisierung aus. Die Regierung hat in dieser Angelegenheit keine Alternative, da der IWF eine restriktivere Fiskalpolitik fordert, die Mittel zur Subventionierung von Verlust machenden Betrieben fehlen und der Banksektor fast vollständig privatisiert ist, so dass Kredite an unrentable Staatsunternehmen versiegen.

Die Konsolidierung des Bankensektors scheint aufgrund der wieder in Gang gekommenen Privatisierung Fortschritte zu machen. Der Grad der Finanzintermediation ist aber noch immer unbefriedigend. Im Juni 2001 beliefen sich die gesamten Vermögenswerte des Banksektors auf 24,7% des BIP, während das Kreditvolumen nur 10,4% des BIP ausmachte. Auch das Vertrauen in die heimische Währung ist noch nicht wieder hergestellt. Bei über der Hälfte aller Kredite beträgt die Laufzeit weniger als ein Jahr. Rund 70% der Kredite werden in ausländischer Währung ausgegeben. Ausländische Banken konnten im Jahr 2001 knapp über 50% der Gesamtaktiva auf sich vereinigen. Bei den Leih-Einlagen dominiert nach wie vor die flächendeckend operierende staatliche Sparkasse (CEC).

Der Beitrittsbericht 2001 der Europäischen Kommission bescheinigt Rumänien Fortschritte. Nach Meinung der Europäischen Kommission verfügt Rumänien über stabile demokratische Strukturen, aber der Prozess der Entscheidungsfindung bleibt mangelhaft, da die Regierung weiterhin Gesetze häufig mittels Regierungsanordnung erlässt. Anlässlich des Regierungswechsels im November 2000 wurden alle Ministerien umstrukturiert und in der Folge die Zahl der Beamten bis September 2001 um 22% reduziert. Einige wichtige Ministerien sind nun personell unterbesetzt. Allerdings waren viele der eingestellten Beamten in den neu eingerichteten Ministerien vorher in andern Ministerien beschäftigt, so dass sich der tatsächliche Personalabbau insgesamt nur schwer quantifizieren lässt. Im Mai 2002 gaben der IWF und die Weltbank bekannt, dass die Auszahlung des Stand-by-Kredites und die Bewilligung des PSAL II verschoben werden bis geklärt ist, ob Rumänien tatsächlich die geforderten 4.200 Mitarbeiter aus dem öffentlichen Dienst entlassen hat. Während bei der Entmilitarisierung der Polizei keine wesentlichen Fortschritte zu verzeichnen waren, hat die Reform der Judikative erhebliche Fortschritte gemacht. Allerdings ist die Frage der tatsächlichen Unabhängigkeit der Judikative in den Vordergrund gerückt. Im Oktober 2001 billigte die Regierung das erste wirtschaftliche Heranführungsprogramm und unterbreitete es der Europäischen Kommission.

GERTRUD BUCHENRIEDER

**Rumänien**Fläche: Tsd. 237,5 km<sup>2</sup>; Bevölkerung: 22,36 Mio. (Juli 2001)**Gesamtwirtschaftliche Indikatoren**

	Einheit	1997	1998	1999	2000	2001*	2002**
<b>Wirtschaftsleistung</b>							
Bruttoinlandsprodukt							
BIP, nominal	Mrd. Lei	249750	370500	521735	772994	1154126	1523150
BIP, nominal	Mrd. USD	34,4	41,7	34,0	35,6	39,7	43,8
BIP, real	Veränd. gg. Vorj., %	-6,6	-5,4	-3,2	1,6	5,3	4,5
BIP pro Kopf	USD						
	Amtl. Wechselkurs	1546	1850	1492	1590	1654	1762
	Kaufkraftparität	6318	6050	6139	6125	.	.
BIP	Index 1989=100 <sup>1</sup>	82	77	75	77	.	.
Industrie	Index 1989=100 <sup>1</sup>	60	50	46	50	54	.
<b>Produktionsentwicklung, real</b>							
Industrie	Veränd. gg. Vorj., %	-7,2	-13,8	-2,2	7,1	7,9	3,9 <sup>4</sup>
Landwirtschaft	Veränd. gg. Vorj., %	3,4	-7,6	5,5	-14,1	21,2	7,1 <sup>4</sup>
Bauwesen	Veränd. gg. Vorj., %	-24,5	-18,0	-9,6	5,4	5,2	3,8 <sup>4</sup>
<b>Struktur lt. VGR</b>							
Industrie	% des BIP <sup>2</sup>	38,6	35,0	39,1	25,2	25,8	.
Landwirtschaft	% des BIP <sup>2</sup>	19,7	17,6	18,5	11,1	13,4	.
Bauwesen	% des BIP <sup>2</sup>	5,2	5,0	4,9	5,0	5,0	.
Dienstleistungen	% des BIP <sup>2</sup>	36,1	41,7	36,5	48,4	46,4	.
Anteil des Privatsektors	% des BIP <sup>2</sup>	60,6	61,4	63,7	65,5	.	.
Anteil des Privatsektors	% der Industrieprod.	33,0	32,0	31,7	.	.	.
Anteil des Privatsektors	% der Beschäftigten	28,6	35,0	.	73,3	.	.
<b>Investitionen</b>							
Brutto-Anlageinvestitionen	Reale Veränd. gg. Vorj., %	-19,0	-18,1	-10,8	5,5	6,6	4,8 <sup>4</sup>
Investitionsquote lt. VGR	% des BIP <sup>2</sup>	17,6	21,5	20,2	20,7	19,5	19,7
Zufluss von Direktinvest., netto							
Zahlungsbilanzangaben	Mio. USD	1224	2031	808	1009	1219	1457
darunter aus Deutschland	Mio. EUR	90,6	160,0	-29,0	125,0	139,0	.
<b>Arbeitsmarkt</b>							
Beschäftigte, ges., JD	Mio. Personen	5,4	5,2	4,8	4,6	4,5	4,3 <sup>4</sup>
Männer	Mio. Personen	3,0	2,4	.	2,4	.	.
Frauen	Mio. Personen	2,4	2,8	.	2,2	.	.
in der Industrie	% d. Besch.	43,6	42,3	41,8	40,5	.	.
im Staatssektor	% d. Besch.	29,2	23,9	.	25,0	.	.
Arbeitslosenquote, ges., JE	%	8,8	10,3	11,5	10,5	8,6	9,0
Männer	% <sup>6</sup>	5,7	6,5	7,4	7,7	.	.
Frauen	% <sup>6</sup>	6,4	6,1	6,2	6,4	.	.
<b>Geldmengen- und Preisentwicklung</b>							
Geldmenge M2, JE	Veränd. gg. Vorj., %	104,9	48,9	45,0	38,0	46,2	27,6
Zinssatz, jährl., JE	%, Rediskontsatz	65,5 <sup>3</sup>	37,9	35,0	35,0	35,0	34,6 <sup>5</sup>
Realzins (PPI, lfd. Jahr), JD	%, jährl., aufg. Kredite	-99,3	-2,5	10,6	0,4	3,5	5,5 <sup>5</sup>
Inflationsrate							
Konsumgüterpreise, JD	Veränd. gg. Vorj., %	154,8	59,1	45,8	45,7	34,2	26,5
Konsumgüterpreise, JE	Veränd. gg. Vorj., %	.	40,6	54,8	40,7	30,2	22,0
Industriegüterpreise, JD	Veränd. gg. Vorj., %	152,7	33,3	30	47,9	41,0	25,1 <sup>4</sup>
<b>Einkommen und Verbrauch</b>							
Bruttolöhne, nominal, JD	Veränd. gg. Vorj., %	16,9	38,7	44,5	46,9	48,9	.
Nettolöhne, real, JD	Veränd. gg. Vorj., %	-20,4	-1,3	-0,7	-4,0	-0,3	4,5 <sup>4</sup>
Privater Verbrauch, real lt. VGR	Veränd. gg. Vorj., %	-5,7	-6,0	-4,9	-1,2	5,7	3,3 <sup>4</sup>
Einzelhandelsumsatz, real	Veränd. gg. Vorj., %	-28,8	4,4	-5,0	-3,8	0,4	-1,3 <sup>4</sup>
Sparquote (priv. Haushalte)	% des verf. Eink.	11,0	12,0	.	.	.	.

## Rumänien – Gesamtwirtschaftliche Indikatoren

	Einheit	1997	1998	1999	2000	2001*	2002**
<b>Lebensstandard</b>							
Monatslohn, JD	USD						
brutto	Amtl. Wechselkurs	118	169	140	133	147	155 <sup>4</sup>
brutto	Kaufkraftparität	719	649	677	705	.	.
Mindestlohn/Durchschn.-lohn	%	19,8	23,3	27,3	25,1	25,3	.
Altersrente/Durchschn.-lohn	%	19,0	22,5	26,2	30,0	35,4	.
<b>Öffentliche Haushalte (kons.)</b>							
Einnahmen	Mrd. Lei	43834,5	67215,5	93230,3	120342,2	148203,1	.
Ausgaben	Mrd. Lei	52896,6	77616,6	106886,7	149169,3	184012,2	.
Budgetsaldo	Mrd. Lei	-9062,1	-10401,0	-13656,3	-28827,1	-35809,1	.
Budgetsaldo	% des BIP	-3,6	-2,8	-2,5	-3,6	-3,7	-3,0
Öffentl. Verschuldung	% des BIP	25,5	25,6	29,9	27,8	29,6	32,2
<b>Außenwirtschaft</b>							
<b>Außenhandel insgesamt</b>							
Export	Mio. USD	8431	8300	8505	10366	11385	12699
Import	Mio. USD	10411	10911	9592	12050	14354	15738
Handelsbilanzsaldo	Mio. USD	-1980	-2611	-1087	-1684	-2968	-3039
<b>Anteile wichtiger Handelspartner</b>							
<b>Export nach</b>							
EU	% der Exporte	57,1	65,3	66,0	64,4	71,0	.
Deutschland	% der Exporte	16,7	19,6	17,7	15,7	14,8 <sup>3</sup>	.
GUS	% der Exporte	6,2	4,1	3,2	3,7	4,5 <sup>3</sup>	.
Russland	% der Exporte	2,9	1,0	0,6	0,9	0,8 <sup>3</sup>	.
CEFTA	% der Exporte	4,8	5,4	7,0	8,2	6,4 <sup>3</sup>	.
<b>Import aus</b>							
EU	% der Importe	51,2	57,1	61,0	56,0	57,5	.
Deutschland	% der Importe	15,9	17,2	17,5	14,5	14,2 <sup>3</sup>	.
GUS	% der Importe	14,6	11,4	9,5	12,8	12,8 <sup>3</sup>	.
Russland	% der Importe	11,8	8,9	6,7	8,5	6,9 <sup>3</sup>	.
CEFTA	% der Importe	6,0	9,1	8,9	8,7	10,1 <sup>3</sup>	.
<b>Handel mit Deutschland</b>							
Deutsche Ausfuhr	Mio. EUR	1608,9	2077,2	1994,0	2501,8	1998,4 <sup>3</sup>	.
Deutsche Einfuhr	Mio. EUR	1424,6	1632,8	1784,2	2105,6	1685,6 <sup>3</sup>	.
Deutscher Handelssaldo	Mio. EUR	184,3	444,4	209,8	396,2	312,8 <sup>3</sup>	.
<b>Gesamtwirtschaftl. Auslandsposition</b>							
Leistungsbilanzsaldo	Mio. USD	-2388	-3010	-1280	-1400	-2349	-2294
	% des BIP (USD)	-7,2	-7,2	-3,9	-3,9	-5,9	-5,2
Währungsreserven, ges., JE	Mio. USD	4970	3791	3654	4894	5442	5316 <sup>5</sup>
der Nationalbank, JE	Mio. USD	2550	1660	1516	2468	3926	4008
Wechselkurs, JD	Lei /USD	7173	8849	15334	21693	29061	34807
	Lei /EUR	8090	9988	16295	19955	26216	29789
Realer Wechselkurs, JD	Index 1990=100	88,4	114,9	97,9	107,1	108,8	.
Terms of Trade	Index 1995=100	101,2	105,1	103,8	103,5	101,1	100,5
<b>Auslandsverschuldung,</b>							
Brutto, Dez.	Mio. USD	9584	9205	8200	9917	11971	11800
Netto, Dez.	Mio. USD	4993	5588	4546	5023	.	.
Brutto	% des BIP	26,9	23,9	24,9	26,8	30,2	.
Schuldenquote (brutto)	% der Exporte	93,2	99,7	87,7	79,6	79,5	.
Schuldendienstquote	% der Exporte	25,6	23,6	35,9	17,8	19,9	20,1

Anmerkung: \* = vorläufige Angaben; \*\* = Prognose; JD = Jahresdurchschnitt; JE = Jahresende.

<sup>1</sup> berechnet auf Grundlage der Lei-Werte; <sup>2</sup> Berechnet auf den laufenden Preisen des jeweiligen Jahres; <sup>3</sup> Stand: Ende September;

<sup>4</sup> Stand März 2002, im Vergleich zum gleichen Zeitraum im Vorjahr; <sup>5</sup> Stand Februar 2002; <sup>6</sup> Berechnung nach ILO, Quelle INSSE.

Quellen: Nationales Institut für Statistik, INSSE; Rumänische Regierung; EBRD Transition Report 2001; National Romanian Bank, NBR; IMF International Financial Statistics; IMF Trade Statistics; IMF Country Report; PlanEcon Report; OECD Main Economic Indicators; Kommission der Europäischen Union.